

Wintersession 2022

Sessionsrückblick - 3. Woche



Konversionstherapien

Der Nationalrat will minderjährige und junge LGBTQ-Menschen vor so genannten Konversions- oder Heilungsmassnahmen schützen. Methoden, die zur Umpolung der Geschlechtsidentität oder auch zu deren Unterdrückung führen sollen, will er per Gesetz verbieten. Die grosse Kammer nahm am Montag mit 143 zu 37 Stimmen und bei 11 Enthaltungen eine Motion ihrer Rechtskommission (RK-N) an, die vom Bundesrat die Schaffung einer entsprechende Strafnorm verlangt. Auch das Werben für Konversionsmassnahmen, die Vermittlung und das Anbieten solcher Massnahmen sollen verboten werden. Nicht unter das Verbot fallen sollen aber begleitete Auseinandersetzungen mit der eigenen sexuellen Orientierung, medizinisch indizierte Massnahmen zur Geschlechtsangleichung und Therapien für Sexualpräferenzen, wenn diese strafrechtlich relevant sind. Gemeint sind hier Exhibitionismus und Pädosexualität.

Bereits früher hat der Nationalrat das Postulat 21.4474 von Siebenthal "Überprüfung der Verbreitung sogenannter Konversionstherapien in der Schweiz und der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung" angenommen, in dessen Rahmen das Eidgenössische Departement des Innern gegenwärtig genau diese Fragen prüft. Ich bin – wie übrigens der Bundesrat auch – der Ansicht, dass die Ergebnisse dieses Berichts abgewartet werden sollten, bevor entschieden wird, ob und - falls ja - welche Änderungen des Bundesrechts vorgenommen werden müssen. Die Motion geht nun an den Ständerat.

Frauenfussball-EM

Der Nationalrat unterstützt die Schweizer Kandidatur für die Durchführung der Frauen-Fussball-EM im Jahr 2025. Die Schweiz habe alles, was es dafür brauche, hiess es am Montag im Nationalrat. Die grosse Kammer nahm ohne Gegenantrag eine entsprechende Erklärung an.

Die Räte und der Bundesrat können zu wichtigen Ereignissen oder Problemen der Aussen- oder Innenpolitik eine Erklärung abgeben. Der Nationalrat kann dies auf Antrag der Mehrheit einer Kommission tun, der Ständerat auf schriftlichen Antrag eines Ratsmitgliedes oder einer Kommission. Entscheiden Sie selbst, ob es sich beim obigen Anliegen um ein wichtiges Ereignis oder Problem der Aussen- oder Innenpolitik handelt... 😊.

Forschung

Das Parlament unterstützt den Beitritt der Schweiz zu sechs europäischen Forschungsverbänden. Dieser soll den Forscherinnen und Forschern ermöglichen, an den Infrastrukturnetzwerken gleichberechtigt und aktiv teilzunehmen. Der Nationalrat hiess die Vorlage dazu am Montag mit 173 zu 0 Stimmen gut; der Ständerat hatte schon im Herbst seine Zustimmung gegeben. Die nötigen Mittel bewilligte das Parlament bereits mit der Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die Jahre 2021 bis 2024. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung.

Bahn: Leistungsfähige Ost-West-Achse

Neue Bahnstrecken zur Verkürzung der Reisezeiten zwischen Lausanne und Bern sowie zwischen Winterthur und St. Gallen: Das Parlament erhöht den Druck auf den Bundesrat, ab 2030 mit der Umsetzung der entsprechenden Arbeiten zu beginnen. Der Nationalrat hiess am Montag eine entsprechende Motion der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF-N) mit 145 zu 34 Stimmen und mit 4 Enthaltungen gut. Vergangene Woche hatte schon der Ständerat eine gleich lautende Motion seiner Verkehrskommission angenommen.



Die Kommissionen begründeten ihre Motionen mit dem kürzlich beschlossenen Verzicht auf die Wankkompensationstechnologie, das Wako-Projekt. Die fehlenden Reiseminuten zwischen Lausanne und Bern sowie Winterthur und St. Gallen können nun nicht mit Wankzug-Kompositionen herausgeholt werden. Diese Verkürzung der Fahrzeit unter eine Stunde zwischen den Knoten ist nötig für die sogenannte Vollknotenlösung des Fernverkehrssystems. Also bleiben nur noch Infrastrukturmassnahmen, um das Ziel zu erreichen.

Die Räte fordern mit ihren Motionen deshalb mit Nachdruck vom Bundesrat, bis 2026 Massnahmen vorzuschlagen, um spätestens bis zum Ende des Jahrzehnts mit der Umsetzung von neuen Bahnstrecken zur Verkürzung der Reisezeiten zwischen Lausanne und Bern sowie zwischen Winterthur und St. Gallen zu beginnen. Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga hatte im Ständerat erklärt, die Arbeiten seien bereits aufgegleist worden.

Mit einer zweiten, mit 126 zu 47 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommenen Motion will der Nationalrat den Bundesrat beauftragen, sich verstärkt auf den Bau des "Verkehrskreuzes Schweiz" zu konzentrieren. Die Bundesrat soll Anträge stellen für die entsprechenden Budgets. Die Rede ist von Projektierung und Bau aller fehlenden Abschnitte für den Fernverkehr von Grenze zu Grenze, entlang des gesamten Schweizer Territoriums, sowohl zwischen Süden und Norden als auch zwischen Ost und West. Der Aargauer SVP-Nationalrat Benjamin Giezendanner beantragte zu dieser Motion ein Nein, und auch der Bundesrat lehnt die Motion ab.

Immobilien

Das Parlament hat einen Verpflichtungskredit für Immobilienvorhaben in Höhe von insgesamt 296,1 Millionen Franken bewilligt. Damit sollen etwa die Botschaft im äthiopischen Addis Abeba und ein Asylzentrum im Kanton Zürich gebaut werden. Die Finanzkommission des Nationalrats (FK-N) beantragte ihrem Rat einstimmig, den Verpflichtungskredit zu bewilligen. Wie in der kleinen Kammer gab es auch in der grossen Kammer am Dienstag keinerlei Opposition dagegen. Das grösste einzelne Bauvorhaben in der Immobilienbotschaft ist die Sanierung und der Umbau eines Verwaltungsgebäudes im bernischen Ittigen. 55,4 Millionen Franken sind hierfür veranschlagt. Diverse Bauteile dieses Gebäudes haben nach zwanzig Jahren ihre Lebensdauer erreicht und müssen gesamtheitlich saniert werden. Nach dem Umbau wird das gesamte Bundesamt für Umwelt (Bafu) dort konzentriert sein. Mit dem Ja beider Räte ist die Vorlage unter Dach und Fach. Das Geschäft untersteht nicht dem Referendum, weshalb keine Schlussabstimmungen nötig sind.

Reedereien: Pauschalbesteuerung

Schweizer Reedereien sollen künftig pauschal besteuert werden. Der Nationalrat hat am Dienstag der Einführung der sogenannten Tonnagesteuer als Erstrat im Grundsatz zugestimmt. SP, Grüne und GLP kritisierten die "branchenspezifische Steuersubvention". Durchgesetzt nach der Eintretensdebatte hat sich aber die bürgerliche Mehrheit von SVP, FDP und Mitte. Sie lehnte sowohl den Nichteintretens- als auch den Rückweisungsantrag an den Bundesrat ab. Die Tonnagesteuer ist eine alternative Methode zur Ermittlung der Gewinnsteuer. Der Bundesrat sieht sie als Mittel, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im Bereich Seeschifffahrt sicherzustellen. Die Vorlage bietet zudem steuerpolitisch Chancen, da die Ansiedlung zusätzlicher Unternehmen, Aktivitäten und neuer Stellen zu Mehreinnahmen führen könnten. Die Vorlage geht zurück auf einen Auftrag beider Räte aus dem Jahr 2016.



Die Tonnagesteuer soll freiwillig sein: Die Unternehmen könnten für jedes ihrer Schiffe entscheiden, ob sie es der Tonnagesteuer unterstellen oder der ordentlichen Bemessung. Es sollen aber Auflagen bestehen, sodass die Unternehmen nicht rasch hin- und herwechseln können. Neben der Schweizer Hochseeflotte sind Dutzende international tätige Seeschiffahrtsunternehmen in der Schweiz ansässig, rund die Hälfte davon in der Westschweiz. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Parlament lockert die Regeln zum Wolfsschutz

Die neuen Regeln zur Regulierung der Wolfsbestände sind unter Dach. Der Nationalrat hat am Dienstag im angepassten Jagdgesetz die letzten Differenzen zum Ständerat ausgeräumt. Uneins waren die Räte vor der Debatte am Dienstag noch darüber, wer die Grundsätze für den Herdenschutz zu regeln hat und auch dessen Zumutbarkeit für die Besitzerinnen und Besitzer von Nutztieren. Der Nationalrat wollte dies ursprünglich dem Bund überlassen. Der Ständerat dagegen forderte, dass der Bund diese Aufgabe im Einvernehmen mit den Kantonen vornimmt.

Nicht anfreunden mochte sich der Ständerat auch mit dem Vorschlag, im Gesetz statt von Jagdbanngebieten neu von Wildtierschutzgebieten zu sprechen. In beiden Punkten ist der Nationalrat nun auf die Linie des Ständerats eingeschwenkt. Er tat dies mit 104 zu 84 Stimmen bei zwei Enthaltungen respektive mit 103 zu 82 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmungen.

Über den Kern der Vorlage hatten sich die Räte schon zuvor geeinigt: Die Kantone sollen Wölfe von 1. September bis 31. Januar regulieren dürfen, mit Zustimmung des Bundes. Abschüsse sollen Schäden und Gefährdungen verhindern, dürfen aber die Population nicht gefährden. Voraussetzung für Abschüsse ist auch, dass Herdenschutz mit zumutbaren Massnahmen nicht möglich gewesen ist. Die Vorlage ist ein neuer Anlauf zur Revision des Jagdgesetzes. 2020 scheiterte an der Urne eine Vorlage, mit der die Wolfsjagd neu geregelt worden wäre. Bei einem Ja hätten Wölfe geschossen werden dürfen, bevor sie Schaden angerichtet haben. Die Gegnerinnen und Gegner sprachen damals von "Abschüssen auf Vorrat".

13. AHV

Es war einer der letzten "grossen Brocken" der laufenden Wintersession. Der Nationalrat begann und beendete am Mittwoch seine Beratungen über die Volksinitiative "Für ein besseres Leben im Alter". Diese fordert für AHV-Rentnerinnen und -Rentner einen Zuschlag im Umfang einer 13. Monatsrente. Hinter dem Begehren steht der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB). Er will über den Zuschlag insbesondere sinkende Pensionskassenrenten sowie steigende Krankenkassenprämien und Mieten ausgleichen. Vielen Rentnerinnen und Rentnern bleibe immer weniger zum Leben. Verbesserungen bei den Renten für Normalverdienende seien dringend nötig. Die Kosten wollen die Gewerkschaften gemäss früheren Aussagen mit Gewinnen der Nationalbank decken. Der Initiativtext selbst sagt dazu allerdings nichts.

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung - ebenso wie die Mehrheit der Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK-N). Eine 13. Altersrente würde die finanzielle Lage der AHV wesentlich verschlechtern, argumentiert die Gegenseite. Im Jahr 2032 hätte eine Annahme nach Angaben des Bundesrats Mehrausgaben von rund fünf Milliarden Franken zur Folge - zusätzlich zum bis dahin schon prognostizierten Umlagedefizit von 4,7 Milliarden Franken. Die WAK-N lehnte es in ihren Beratungen auch ab, einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten.



Letztendlich sagt der Nationalrat Nein zur Initiative "Für ein besseres Leben im Alter". Er hat das Volksbegehren für einen Rentenzuschlag im Umfang einer 13. AHV-Rente am Mittwoch mit 123 zu 67 Stimmen ohne Enthaltungen abgelehnt. Mit dem Nein setzte sich die bürgerliche Mehrheit in der grossen Kammer durch. Wie der Bundesrat beurteilte sie die Mehrkosten des Vorhabens als nicht tragbar. Das Geschäft geht an den Ständerat.

Fragestunde abschaffen?

Leerlauf im Nationalrat: Schafft die Fragestunde ab!

Jede Woche steht die Regierung der grossen Kammer Red und Antwort auf allerlei Fragen. Der Aufwand dafür ist gross, das Publikum klein.

Stefan Bühler

Montag, 14.30 Uhr, Nationalratssaal. Erster Programmpunkt: Fragestunde.

Nationalratspräsident Martin Candinas begrüsst die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in wärmstem Rätoromanisch. Daneben steht Ueli Maurer freundlich bereit zur Beantwortung der ersten Frage. Sie ist von Barbara Steinemann: «Dürfen auch Hauseigentümer eine Reduktion des Eigenmietwertes vornehmen?», liest Candinas vor. Sein Blick geht in die Runde: «Frau Steinemann sehe ich nicht im Saal, dann gehen wir weiter.»

Steinemann ist nicht die einzige Abwesende. Auch rund zehn Minuten nach Beginn der Fragestunde sind die Reihen im Nationalratssaal immer noch arg gelichtet. Nur etwa jedes vierte Ratsmitglied ist im Saal.

Gemeinsam hüpfen für die Frauen-EM-Kandidatur

Lebendiger geht es zugleich auf dem Bundesplatz zu. Hier versammeln sich Fussballspielerinnen und rund zwei Dutzend Nationalrätinnen und Nationalräte, um für die «Europameisterinnenschaft 2025» in der Schweiz zu werben. Auf Anweisung der Fotografen hüpfen und jubeln sie begeistert.

Drinnen geben sich derweil die Regierungmitglieder der Klinke in die Hand: Sie tragen pflichtschuldigst die Antworten vor, welche die Verwaltung vorbereitet hat. 56 sind es diesmal. Ein aufwendiger Prozess, der



Nein, sie sind nicht alle am Schuhebinden: Bundesrat Guy Parmelin referiert am Montag im Bundeshaus in der Fragestunde des Nationalrats vor leeren Rängen.



Vorteil Fussball: Spielerinnen und rund zwei Dutzend Nationalrätinnen und Nationalräte werben auf dem Bundesplatz für die EM der Frauen 2025 in der Schweiz. Bilder: Peter Kraunzer/Keystone

von der Einreichung der Frage über die Bundeskanzlei in die Departemente, weiter in die Bundesämter bis hinab zu den Sektionen führt – und dann das Verwaltungsleiterli aufwärts wieder zurück.

Darunter gibt es rätselhafte Fragen. Etwa von Manuela Weichelt: «Zibben- und Eber-Statistiken ja. Ring-fencing-Statistik nein?» Aus der Antwort Guy Parmelins ergibt sich, dass es um die Umgehung von Sanktionen durch Schweizer Firmen gehen muss. Parmelin verneint diese Gefahr, er könne aber aus Datenschutzgründen keine Angaben zu Einzelfällen machen. Sicher ist: Ebergeniesen weniger Datenschutz als Firmen.

Maurers spektakuläre Rechnung – bleibt unerhört

Daneben wird Spektakuläres verkündet. So rechnet Ueli Maurer vor, dass mit der Zunahme der Elektrofahrzeuge, die zwecks Förderung von der Automobilsteuer befreit sind, «kumulierte Steuerausfälle in den Jahren 2025 bis 2030 von rund zwei Milliarden Franken» drohen. Bloss hört das nur eine Minderheit des Rats – und zu entscheiden gibt es sowieso nichts.

Vor halb leeren Rängen, mit Fragen aller Art und unerhörten Antworten wird die Fragestunde zum bürokratischen Leerlauf, der abgeschafft gehört. Unter diesen Voraussetzungen ist es tatsächlich sinnvoller, sich für die Frauen-EM ins Zeug zu legen. In diesem Sinne: Hopp Schwiiz!

Ich meine, man sollte die Fragestunde nicht abschaffen. Schliesslich bietet sie Gelegenheit, zu aktuellen Themen Fragen zu stellen, die innert Wochenfrist beantwortet werden müssen. Übrigens: fällt Ihnen im Zusammenhang mit dem obigen Zeitungsbericht auf, dass die Ausserrhoder Vertretung im Nationalrat 100% anwesend ist 😊?

Allgemeinverbindliche GAV sollen Kantonsregeln vorgehen

Allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge sollen kantonalem Recht betreffend Mindestlöhne, 13. Monatslohn und Ferienanspruch vorgehen. Dieser Meinung ist das Parlament. Es hat am Mittwoch eine entsprechende Motion an den Bundesrat überwiesen. Der Entscheid in der grossen Kammer fiel mit 95 zu 93 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Die Fraktionen von SVP, FDP und Mitte setzten sich durch. Im Ständerat hatte eine FDP/Mitte-Mehrheit obsiegt. Die Motion von Erich Ettlin (Mitte/OW) hat zum Ziel, Bestimmungen der allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge (GAV) anderslautenden Bestimmungen der Kantone zu Mindestlöhnen überzuordnen und somit die Sozialpartnerschaft vor "umstrittenen Eingriffen" zu schützen.



Parlament erhöht Spielraum bei Gewässerprojekten

Das Parlament möchte mehr Spielraum beim Abtausch zwischen landwirtschaftlichen Nutzflächen und Sömmerungsflächen. Es hat eine entsprechende Motion von Ständerat Martin Schmid (FDP/GR) an den Bundesrat überwiesen.

Die grosse Kammer nahm am Mittwoch als Zweitrat den Vorstoss mit 98 zu 86 Stimmen bei 2 Enthaltungen an. Nun ist der Bundesrat am Zug. Er muss bei Meliorationen, Gewässerrevitalisierungsprojekten und der Ausscheidung von Gewässerräumen Abtausche ermöglichen. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament war der Meinung, dass der geltende Rechtsrahmen problematisch sei und den verschiedenen Situationen vor Ort nicht mehr gerecht werde. Mit einer Neuregelung könne die Akzeptanz durch die Landwirtschaft bei Gewässerrevitalisierungen erhöht werden. Der Bundesrat lehnte zusammen mit einer Minderheit von SP, Grüne und GLP den Vorstoss ab mit der Begründung, eine Flexibilisierung würde schweizweit zu einer Ungleichbehandlung führen für Betriebe ohne angrenzende Sömmerungsgebiete. Der Grundsatz der traditionell alpwirtschaftlich genutzten Fläche würde damit faktisch aufgegeben.

Parlament will Daten von Hotelgästen zentral erfassen

Die Schweiz erhält eine landesweite digitale Plattform zur Erfassung der Daten von Hotelgästen. Als Zweitrat hat am Mittwoch der Nationalrat eine entsprechende Motion der Luzerner Mitte-Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger angenommen.

Die grosse Kammer fällt ihre Entscheidung mit 126 zu 44 Stimmen bei sieben Enthaltungen. Der Ständerat hatte den Vorstoss schon in der Sommersession gutgeheissen. Nun muss sich der Bundesrat gegen seinen Willen an die Umsetzung machen. Gmür-Schönenberger kritisiert, die heutige Umsetzung der Meldepflicht für ausländische Gäste gleiche einem Flickenteppich. Einige Kantone verfügten über eine digitale Lösung, andernorts müssten Hotels die Meldescheine der Polizei übergeben oder diese mehrere Jahre lang lagern. Die heutigen Papier-Lösungen seien aus der Zeit gefallen, so Gmür-Schönenberger. Sie brächten nur Bürokratie. Der Bundesrat beantragte die Ablehnung des Vorstosses. Es fehle eine Rechtsgrundlage für eine nationale Lösung. Denn die Meldepflicht gegenüber den Kantonen sei zwar im Ausländer- und Integrationsgesetz geregelt, deren Umsetzung sei jedoch Kantonssache. Die Kantone seien ausserdem völlig frei, eine gemeinsame digitale Lösung aufzugleisen, sagte Wirtschaftsminister Guy Parmelin. Der Bund könnte eine solches Vorhaben auch finanziell unterstützen. Auch eine Minderheit der vorberatenden Kommission um Thomas Aeschi (SVP/ZG) wandte sich gegen eine neue Bundesaufgabe.

Nationalrat will Taskforce für Aufspüren von Vermögenswerten

In der Schweiz soll sich nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine eine Taskforce um die Umsetzung von Sanktionen kümmern und Vermögenswerte von gelisteten Personen (bspw. russischen Oligarchen) aufspüren. Der Nationalrat nimmt einen neuen Anlauf für das Anliegen. Er hat am Mittwoch eine Motion seiner Wirtschaftskommission (WAK-N) angenommen - mit 101 zu 84 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Nun ist der Ständerat am Zug. Stimmt auch er dem Vorstoss zu, muss der Bundesrat "schnell" eine Taskforce einsetzen. Wenn diese Vermögenswerte von gelisteten Personen aufspürt werden, soll das Geld bis zur Klärung gesperrt, aber nicht eingezogen werden. Ein im Sommer gescheiterter Vorstoss hatte einen solchen Einzug gefordert.



Preisrechner für Benzin und Diesel

Der Nationalrat will den Bundesrat mit der Schaffung eines Online-Preisrechners für Benzin und Diesel beauftragen. Er hat am Mittwoch eine entsprechende Motion seiner Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N) gutgeheissen.

Die grosse Kammer fällt ihren Beschluss auf knappst mögliche Weise - mit 92 zu 91 Stimmen bei 8 Enthaltungen. Nationalratspräsident Martin Candinas (Mitte/GR) hatte den Stichentscheid. Der Bundesrat sehe derzeit keinen Bedarf für die Massnahme. Er befürchte zudem administrativen Mehraufwand für Tankstellenbetreiber. Parmelin äusserte zudem Zweifel an der Wirksamkeit eines Preisrechners. Und ausserdem füllt bereits der TCS mit dem Benzinpreis-Radar <https://benzin.tcs.ch/de/map/SP95> eine Lücke in der Schweiz.

Nationalrat will Energiepreise kartellrechtlich untersuchen lassen

Der Nationalrat will die seit dem Ukraine-Krieg gestiegenen Energiepreise wettbewerbsrechtlich untersuchen lassen. Er hat am Mittwoch einem entsprechenden Vorstoss seiner Wirtschaftskommission (WAK-N) zugestimmt. Der Entscheid in der grossen Kammer fiel mit 106 zu 81 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Folgt der Ständerat dem Entscheid, muss der Bundesrat die Wettbewerbskommission (Weko) auffordern, eine Untersuchung zu möglichen Wettbewerbsproblemen auf den Energiemärkten zu lancieren. Im Fokus stehen sollen die Preise für Gas und Öl.

Nationalrat gegen Lockerungen beim Schleppschlauch-Obligatorium

Der Nationalrat will keine zusätzlichen Ausnahmen vom Schleppschlauch-Obligatorium. Zudem will er den Kantonen keine Vorgaben hinsichtlich der Überwälzung von Kosten für Ausnahmegesuche machen. Er hat am Mittwoch zwei entsprechende Motionen seiner Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N) abgelehnt.

Bei den geforderten Ausnahmen ging es insbesondere um das Ausbringen von Gülle in Hochstammbaumgärten, in kupiertem Gelände und auf schmalen Parzellen. Die grosse Kammer sagte dazu mit 100 zu 88 Stimmen bei drei Enthaltungen Nein. Ein Verbot, Landwirten Kosten für die Bearbeitung von Gesuchen in Rechnung zu stellen, lehnte der Nationalrat mit 97 zu 85 Stimmen bei acht Enthaltungen ab. Gegen die beiden Vorstösse stimmte nebst SP, Grünen und GLP auch eine Mehrheit der FDP-Fraktion. Die Motionen sind vom Tisch.

Beim Entscheid zu zusätzlichen Ausnahmen setzte sich eine linke Minderheit der WAK-N durch. Diese kämen einer Abschaffung des Obligatoriums gleich, warnte Samuel Bendahan (SP/VD). Dieselbe Ansicht vertrat Wirtschaftsminister Guy Parmelin. Der Bundesrat empfahl beide Vorstösse zur Ablehnung. Er vertrat die Meinung, schon gemäss der heutigen Rechtslage seien genügend Ausnahmen möglich. Die Gebührenerhebung sei zudem Sache der Kantone, und es gebe keinen Grund, beim Schleppschlauch-Obligatorium anders vorzugehen als bei anderen Gebühren im Bereich der Landwirtschaft. Ziel des Schleppschlauch-Obligatoriums ist es, die Ammoniak-Emissionen deutlich zu senken.



Nationalrat verlangt Änderung bei der Hilflosenentschädigung

Kinder mit Behinderungen sollen nach dem Willen des Nationalrats auch bei Übernachtungen in einem Heim Anspruch auf die volle Hilflosenentschädigung der IV haben. Voraussetzung ist, dass ihre Eltern die Kosten für den Heimaufenthalt selber tragen. Die grosse Kammer hat am Donnerstag eine entsprechende Motion ihrer Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) angenommen. Der Nationalrat fällte seinen Entscheid mit 154 zu 23 Stimmen bei sieben Enthaltungen. Der Bundesrat war mit der Motion einverstanden. Die Motion geht an den Ständerat.

Hinterbliebene Elternteile sollen 16 Wochen Urlaub erhalten

Stirbt ein Elternteil kurz nach der Geburt eines Kindes, soll der überlebende Vater oder die überlebende Mutter künftig Anspruch auf 16 Wochen Urlaub haben. Dafür hat sich der Nationalrat am Donnerstag ausgesprochen. Die grosse Kammer hiess die Vorlage, ausgelöst durch eine parlamentarische Initiative der früheren St. Galler GLP-Nationalrätin Margrit Kessler, mit 171 zu 1 Stimmen bei 22 Enthaltungen gut. Letztere stammten insbesondere von der FDP. Kessler forderte ursprünglich 14 Wochen Urlaub für hinterbliebene Väter. Die Vorlage geht in den Ständerat.

Keine Entschädigung bei Seuchenausbruch

Schlachthöfe und andere Betriebe der Fleischindustrie erhalten keine staatliche Entschädigung, falls sie wegen der Afrikanischen Schweinepest vorübergehend schliessen müssen oder finanzielle Einbussen erleiden. Anders als zuvor der Ständerat hat am Donnerstag der Nationalrat eine Motion des Thurgauer SVP-Ständerats Jakob Stark abgelehnt. Die grosse Kammer fällte ihren Entscheid mit 101 zu 86 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Vorstoss ist vom Tisch.

Photovoltaik

Der Nationalrat will tiefere Hürden für die Bewilligung von Fotovoltaikanlagen auf Infrastrukturanlagen. Er hat am Freitag eine entsprechende Motion stillschweigend angenommen. Die Motion fordert, dass künftig ein Meldeverfahren oder ein anderes beschleunigtes Verfahren angewandt wird, sofern eine Anlage keinem besonderen Schutz untersteht. Konkret geht es darum, dass Dächer und Fassaden von Gebäuden, Parkflächen in Industrie- und Gewerbebezonen, Tunnelportale, Lärmschutzwände, Perronüberdachungen und Ähnliches schnell für die Produktion von Solarstrom genutzt werden können. Der Bundesrat war mit der Motion einverstanden. Diese geht an den Ständerat.

Der neue Bundesrat Albert Rösti liess sich feiern

Ein Extrazug brachte Rösti und zahlreiche Gäste zunächst nach Kandersteg. Dort nahm der SVP-Politiker beim Bahnhof ein Bad in der Menge, schüttelte unzählige Hände und nahm die Gratulationen der sichtlich stolzen Dorfbevölkerung entgegen. Unter den zahlreichen Ehrengästen befand sich auch alt Bundesrat Adolf Ogi, der wie Rösti aus Kandersteg stammt. Der zweite Teil der Wahlfeier begann ab 15 Uhr in Röstis Wohnort Uetendorf bei Thun. In der Mehrzweckhalle Bach fand dann der eigentliche Festakt statt. Nachfolgend einige Impressionen...





Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Wintersession abgeschlossen. 18 Vorlagen wurden parlamentarisch unter Dach und Fach gebracht.

Eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit



Liebe Auserrhoderinnen und liebe Auserrhoder

Es ist mir eine grosse Ehre, dass ich Sie und unseren wunderschönen Kanton seit 2015 im Nationalrat vertreten darf. Ich mache das sehr gerne, auch wenn mir bewusst ist, dass ich niemals das ganze Meinungsspektrum vertreten kann.

Trotzdem gebe ich stets mein Bestes und bleibe dabei bescheiden, besonnen, unaufgeregt und ausgeglichen. Bei meinen Entscheiden habe ich zudem stets Gott vor Augen.

Ich danke Ihnen, dass Sie mich unterstützen und wünsche Ihnen und Ihren Liebsten eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit. Ich freue mich auf zahlreiche Begegnungen im nächsten Jahr. En guete Rutsch und alles Gute!

Bern, im Dezember 2022
David Zuberbühler